



Der kurze Sommer der Bewegungsfreiheit

Ein Update

In der Winterausgabe der Hinterland des Jahres 2015 zog Christian Jakob erste Bilanz nach dem Sommer der Migration. Das Dublin-System war vermeintlich aufgebrochen, Deutschland galt plötzlich als Weltmeister der Herzen, und eine Vielzahl an Menschen hatten Geflüchtete tatsächlich herzlich willkommen geheißen. Doch bereits damals lagen Zweifel in der Luft über die vermeintliche Zeitenwende. Wir drucken den Artikel als Zeitzeugnis hier abermals ab und haben den Autor um Kommentierung aus heutiger Sicht gebeten. Von Christian Jakob

2015

Die größte Lüge dieser außergewöhnlichen Zeit war, dass die Grenze Ungarns in Richtung Österreich und Deutschland geöffnet wurde. Das Gegenteil war der Fall: Die, die die Grenzen für Flüchtlinge innerhalb Europas errichtet haben, versuchten mit aller Macht, sie geschlossen zu halten. Die dramatischen Szenen Anfang September am Budapester Bahnhof Keleti, der zum Symbol für die eskalierte Flüchtlingskrise wurde, mündeten nicht in eine Amnestie der Migrationskontrolle. Die Dublin-Grenze wurde aufgebrochen, nichts anderes. Es war die Stunde der Zurückweisung, der Demontage und Delegitimierung des europäischen Asylsystems. Als Merkel entschied, die Flüchtlinge aus Keleti nach Deutschland zu lassen, hat sie nur die Konsequenz aus einem politischen Notstand gezogen, den die Absurdität, die Ungerechtigkeit und die Menschenfeindlichkeit des Grenzregimes erst herbeigeführt haben.

Die Verneigung vor der Größe, die den Ereignissen von Keleti bei aller Verzweiflung innewohnt, gebührt denen, die es nicht akzeptiert haben, dass die Mächtigen in Kandahar und Asmara, in Damaskus, Rakka und Istanbul, in Berlin, Brüssel und London ihnen nichts weiter zugestehen mochten als Unterwerfung, Elend, Vergessenwerden oder Tod. Ihr Lebensmut und ihre Kraft haben die Diktatoren, Dschihadisten und Warlords ebenso herausgefordert wie die Migrationsabwehr Europas. Keleti wurde zu einem Ort der Insubordination, des Ungehorsams und der Selbstbehauptung, der stärker war als die Herrscher der mächtigen Staaten.

Jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung

Dass Merkel ihre „humanitäre Verantwortung“ erkannt hat, wie ihr viele mit großer Begeisterung attestiert haben – und wie sie selbst nahegelegt hat – ist möglich. Für die historischen Ereignisse von Keleti aber ist es unerheblich. In den Jahren zuvor hatte die Bundesregierung mehr als genug Gelegenheit, humanitäre Verantwortung für die Opfer von Krieg und Vertreibung zu zeigen. Doch sie tat nichts, als ab 2012 die Situation in den Lagern rund um Syrien immer dramatischer wurde. Sie blieb untätig, als ab Oktober 2013 die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer immer noch weiter anstieg. Sie ließ die kurdischen Menschen beim Kampf gegen die Dschihadistinnen und Dschihadisten des IS weitgehend im Stich, ebenso wie sie es bei der demokratischen Opposition in Syrien getan hatte, als diese noch halbwegs handlungsfähig war. Sie tat nichts, als in Griechenland

und Italien die Lage für die ankommenden Flüchtlinge durch das Dublin-System immer unzumutbarer wurde – was, anders als in früheren Jahren irgendwann nicht mehr zu einem großen Teil den dortigen Regierungen anzulasten war. Niemand, der bei Trost ist, kann annehmen, dass plötzliche Menschenfreundlichkeit der Lage in Keleti die entscheidende Wendung gegeben hat. Es ist der Bundesregierung schlichtweg zu gefährlich geworden, den politischen Notstand weiter zu ignorieren.

Aufnahme statt weiterer Eskalation

Das Dublin-System funktionierte bis Herbst 2014 in einer Weise, in der Deutschland davon profitierte. Ab dann aber vermochten einige Länder an den Außengrenzen es kaum noch durchzusetzen. Die Migrantinnen und Migranten selbst hatten es ohnehin unterlaufen, wo immer sie konnten. Langsam begann deshalb auch Berlin, eine Quotenregelung zu favorisieren. Ungarns brutaler Kurs wurde akzeptiert, denn er bot die Aussicht, auf EU-Ebene neue Regularien durchzusetzen, die die zunehmend unkontrollierte Migration nach Deutschland begrenzen könnten. Niemand kam deshalb auf die Idee, Orbán mit Sanktionen zu drohen, weil er der Meinung ist, Menschen- und EU-Recht habe für Migrantinnen und Migranten keine Gültigkeit. Die Konsequenzen dieser Politik aber liefen im Spätsommer 2015 aus dem Ruder.

Merkel und der österreichische Bundeskanzler Faymann hätten anders gekonnt. Sie trafen eine – die richtige – Entscheidung, aber es war keine Zwangsläufigkeit. Sie hätten auch zusehen können, wie Orbán die Flüchtlinge Richtung Balkan zurückschiebt oder auf sie schießen lässt. Wohl niemand vermag zu sagen, was genau dann geschehen wäre. Die wahrscheinlichste Folge wäre eine Destabilisierung von Ungarn bis zur Ägäis, womöglich irreparable Schäden für die EU und selbst deren partiellen Zerfall haben nicht wenige für möglich gehalten.

Die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Transit der Balkanroute, in einer Dimension wie Deutschland sie während der Jugoslawien-Kriege in den Neunziger Jahren bereits handeln gelernt hatte, schien da günstiger. Diese Eskalation wurde von den Flüchtlingen erzwungen und sie haben sich dabei in Lebensgefahr gebracht. Das Drama in Ungarn wurde zur Zäsur für die Migrations- und Menschenrechtspolitik insgesamt. Nach Keleti ist alles anders. Doch, und das ist die traurige Wahrheit über diese Zeit, ob es besser sein wird, ist fraglich.

Weltmeister der Herzen

Dieser kurze Sommer der Bewegungsfreiheit brachte einige Hunderttausend Menschen nach Deutschland. Ihre Zahl ist nur ein kleiner Bruchteil der Flüchtlinge, die in anderen Teilen der Welt, in halb oder ganz geschlossenen Lagern, in informellen Siedlungen, auf der Straße, im Transit, im Gefängnis sitzen.

Deutschland hat, global betrachtet, in dieser Zeit nicht mal seine lang angehäuften Schuld in Sachen Flüchtlingsaufnahme ausgeglichen. Dafür lässt es sich nun feiern als der Weltmeister der Herzen, der es immer sein will: Von der US-Regierung bis zu Passantinnen und Passanten im fernen Südamerika, die ihnen unbekannte Deutsche zur Menschlichkeit ihres Landes beglückwünschen. Dass dieses Land eine treibende Kraft bei der Abschottung Europas ist – egal. Das Spar-diktat gegenüber Griechenland – vergessen. Die tatsächliche Aufopferung von Ländern wie Libanon – wen interessiert's?

Doch es ist nicht alles politisches Kalkül, Staatsmarketing und diplomatische Abwägung. Diese Zeit ist auch die eines kulturellen, eines substantiellen gesellschaftlichen Wandels. Die Zivilgesellschaft ist den Flüchtlingen mehr als je zuvor beigestanden. Flüchtlingssolidarität hat allen anderen sozialen Bewegungen den Rang abgelaufen. Ihre Stärke hat nicht nachgelassen, sie kannte – bislang – keine Obergrenze, eher im Gegenteil. Fast scheint die Formel zu gelten: Je mehr Flüchtlinge, desto mehr Unterstützung.

Viele haben die *BILD* für ihre „Wir helfen“-Kampagne angegriffen. Die Frage aber, ob die Zeitung, die so oft Xenophobie befeuert hat, nun diskursmoralisch berechtigt ist, auch Flüchtlinge zu unterstützen, verschenkt den Blick auf das Großartige: Die *BILD* hilft Flüchtlingen aus dem gleichen Grund, aus dem sie alles tut, was sie tut: Weil sie glaubt, damit bei der Mehrheit der Gesellschaft gut anzukommen. Das ist das Wesen von Boulevardzeitungen. Meist hat die *BILD* mit dieser Annahme Recht. Das macht ihren Erfolg aus. Und es offenbart das absolut Außergewöhnliche dieser Zeit.

Refugees Welcome

Um seine Anti-Roma-Gesetze zu bekommen, hat Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich immer nach Kräften bemüht, bei der Veröffentlichung der Asylstatistiken Alarmstimmung zu verbreiten. Es waren Jahre, in denen 70.000, 90.000, 100.000 Asylanträge

gestellt wurden. Nun sind es fast zehn Mal so viele und die Bahn lässt für die Flüchtlinge Sonderzüge fahren, der Finanzminister stellt Milliarden in den Staatshaushalt ein, Zeitungen drucken Sondernummern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Banken, PR-Agenturen und Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Hausfrauen – alle helfen plötzlich Asylsuchenden.

Das kommt nicht von ungefähr. Die Bereitschaft vieler, auch aus zutiefst bürgerlichen Milieus, sich in München, Frankfurt, Fulda, Saalfeld oder Berlin mit Essen, Wasser und Kleidung an die Gleise zu stellen, an denen die „Trains of Hope“ einrollen, ist auch die Folge zwei Jahrzehnte währendender Flüchtlingskämpfe. Die Flüchtlinge sind dazu aus der Isolation der Lager herausgetreten. Sie haben langsam, über viele Jahre hinweg, genau die Kontakte geknüpft, die der Staat erklärtermaßen verhindern wollte. Damit haben sie in der Gesellschaft Fuß gefasst. Die letzten Monate sind ihr Sieg: Ein Sieg gegen die Unmenschlichkeit und Isolation des Grenzregimes, erstritten und erkämpft von denen, die ihm unterworfen waren.

Der darauf zurückgehende und heute mancherorts fast Pop gewordene „Refugees Welcome“-Hype ist eine schillernde, ambivalente Gemengelage. In ihr vereinen sich großartige Mitmenschlichkeit und ein gewachsenes Bewusstsein für globale Ungerechtigkeiten mit Paternalismus, Affirmation und Eigennutz. Und gleichzeitig liegt unter allem ein Konsens weiter Teile der Bevölkerung: Migration als solche ist akzeptiert. Das Dogma, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, ist nicht mehr mehrheitsfähig. Und dies dürfte für's Erste nicht revidierbar sein.

Der lange Winter des Grenzregimes

Diese Modernisierung der Gesellschaft war fällig. Was daraus aber auf politischer Ebene folgt, ist offen. Sicher ist: Die gesellschaftlichen Spannungen werden deshalb zunehmen. Es ist keine rechte Propaganda, sondern Fakt: Die Flüchtlinge spalten das Land. Das spricht nicht dagegen, dass sie hier sind. Man wird sich aber überlegen müssen, wie man mit ihren Gegnerinnen und Gegnern umgehen will. Es gibt nicht nur die, die an den Erstaufnahmestellen Jacken verteilen, auch wenn deren Zahl gerade unfassbar groß ist. Es gibt auch die „besorgten Bürger“ und ihre neuen Nazibekanntschaften; ein fremdenfeindliches Kontinuum zwischen Pegida und Parteienverdruss, Neuer Rechter und entfremdeter CDU-Klientel, AfD, NPD und Autonomen Kameradschaften. Die Distanz zwischen denen, die in Heidenau, Freital oder Tröglitz

auf die Straße gehen und den Institutionen und Medien ist heute größer als damals, genau wie die Gewaltbereitschaft. Das Milieu ist marginalisierter als die schweigende Mehrheit der Neunziger, die die Täterinnen und Täter von Lichtenhagen und Hoyerswerda ermutigt hat. Aber es ist aktiver und vermutlich gefährlicher. Nie zuvor gab es im Nachkriegsdeutschland vergleichbare fremdenfeindliche Mobilisierungen. Bis Mitte November gab es in diesem Jahr über 500 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, den „Nein zum Heim“-Rassistinnen und -Rassisten nachzugeben, ihnen die Anwesenheit von Flüchtlingen zu ersparen und so national befreite Zonen von oben zu schaffen. Die Antwort wird eine langwierige, ressourcenintensive politische Auseinandersetzung durch Staat und Zivilgesellschaft gleichermaßen sein müssen.

Sie fällt zusammen mit einer Zeit, in der nach dem Sommer der Bewegungsfreiheit der Winter des Grenzregimes anbricht. Der Grundfehler der alten Asylpolitik war die Anti-Integration der Flüchtlinge mit den Mitteln des Asylrechts. Weil man davon ausging, die meisten ohnehin irgendwann wieder abzuschieben, tat der Staat alles, damit die Flüchtlinge gar nicht erst Fuß fassten. Viele aber blieben – und sie blieben deshalb isoliert, entrechtet, marginalisiert. Die Absurdität dieser Praxis ist in den letzten Jahren auch in vielen Institutionen erkannt worden. Es gab und gibt Bewegungen, die in eine andere Richtung weisen: Eine Reihe der Schikanen des Asylkompromisses von 1993 sind zuletzt zurückgenommen oder aufgeweicht worden – auch dies ist vor allem Folge der Flüchtlingskämpfe. Doch diese Tendenz kehrt sich nun offenbar wieder um. Fast alles, was in den letzten Jahren nur als Potentialität einer düsteren Zukunft in vielen Migrationsdebatten aufschien, kommt nun in einem Tempo auf die realpolitische Agenda, die kaum jemand für möglich gehalten hätte: Mehr sichere Herkunftsländer, Asylobergrenzen, totale Leistungsbegrenzung, Internierung im Transit, Internierung an den Grenzen, ein Mehrklassen-Asylsystem, kein Familiennachzug. Im asylpolitischen Rollback, der sich schon vor Keleti angekündigt hatte, scheint jetzt fast alles möglich. Die CSU bejubelt das „schärfste Asylrecht aller Zeiten“ und ist dabei mit ihren sogenannten Reformvorschlägen noch längst nicht am Ende. SPD und Grüne sind voll dabei. Und es ist nicht gesagt, ob die wirklich großen Flüchtlingsankünfte nicht erst noch kommen.

2025

Und heute? Gern wird gerade rhetorisch gefragt, ob „wir“ „das“ „geschafft“ haben. In einem vielgelobten Video stellt sich der britische Grünen-Politiker Zack Polanski im Juli gegen eine Stimmung in seinem Land, in der Männer davon fantasieren, auf die aus Frankreich kommenden Flüchtlingsboote zu schießen. Im spanischen Castell de Ferro werden Anfang August Badegäste gefilmt, wie sie in einem Boot aus Marokko am Strand ankommende Schwarze jagen, überwältigen und der Polizei übergeben. Für viele sind dies die paradigmatischen Bilder eines Europas nach Jahren des Rechtsrucks: Eine Zweckgemeinschaft zur Abschottung, medial und populistisch verhetzt, bereit, im Hass auf Unerwünschte mit allen moralischen Standards zu brechen – inklusive des Sterbenlassens auf dem Meer oder Schüssen an den Grenzen. Retrospektiv haftet dem „Sommer der Migration“ heute deshalb etwas Unwirkliches an. Zu weit hat sich die Stimmung in Deutschland und Europa von jenem Hype um die „Willkommenskultur“ entfernt.

Was möglich war und wieder möglich sein kann

Doch die Frage, ob wir es geschafft hätten, ist zu simpel gestellt. Die heutige Tabulosigkeit, die medial affirmierte und politisch immer weiter getriebene Brutalität der Asylpolitik, verschüttet das Bewusstsein dafür, was 2015 möglich war und sehr wohl auch wieder möglich sein kann: Dass Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht behaupten, um an einem Ort ihrer Wahl eine Zukunft zu suchen. Und dass ihnen dabei mit massenhafter Empathie begegnet wird. Wer heute Anfang 20 und politisch aktiv ist, sozialisiert während des voranschreitenden Rechtsrucks, kann sich dies allerdings oft kaum noch vorstellen.

Doch tatsächlich ist die Lage ambivalenter als es scheinen mag. Die Zivilgesellschaft hat zweifellos mehr geschafft, als zu hoffen gewesen wäre. Die Jahre ab 2015 waren eine Phase ungekannter Blüte praktischer Solidarität. Wo die einen die „Festung Europa“ nur beklagten, erschufen andere einen wahren Kontinent der praktischen Solidarität im Kleinen. Beim *Transborder Camp* Anfang August dieses Jahres nahe Nantes etwa trafen Hunderte Aktivist*innen aus Afrika und Europa zusammen – alle aktiv in antirassistischen Kämpfen, eng vernetzt, oft enorm professionalisiert. Wechselseitig beziehen sich heute Gruppen der Selbstorganisation wie <kursiv>Refugees in Libya</kursiv>, die Alarm-Phones im Mittelmeer und der Sahara, die Seenotrettungs-NGOs, Kirchenasyl-Netzwerke, Flüchtlingsräte oder

große Hilfsorganisationen aufeinander. Sie machen auf die Kollaboration der EU mit der mafiösen libyschen Küstenwache aufmerksam, betreiben Rasthäuser, Notrufe, Rettungsschiffe, Aufklärungsflugzeuge, Rechtshilfefonds, Beratungsstellen, vermitteln Ärzte an Menschen ohne Aufenthaltsrecht, gehen mit zur Ausländerbehörde oder helfen Geflüchteten beim Aufbau von Landwirtschafts-Kollektiven im Oderbruch. „Strategic Litigation“, strategische Prozessführung etwa durch das Berliner *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR), *Frag den Staat* oder die NGO *Front Lex* ist zu einem wichtigen Feld politischer Auseinandersetzungen im Menschenrechtsbereich geworden. Die Grenzen zur Institutionalisierung sind dabei zunehmend fließend. Die Bewegung hat nach 2015 vieles richtig gemacht: die Professionalisierung der Grassroot-NGOs; das Heraustreten aus der gefälligen, klandestinen Nische; das Bilden von Bündnissen, auch über das Mittelmeer hinaus; der Blick auf die Stadtgemeinschaften als Akteure praktischer Solidarität; der Aufbau von Infrastrukturen der Selbsthilfe und des kollektiven Gedächtnisses.

**Die Chancen, bleiben zu dürfen,
sind heute oft besser**

Der Rechtsruck ist zweifellos da. Aber: Wendet man den Blick von Umfragewerten der AfD, der Hetze in den sozialen Medien, den lustvollen Tabubrüchen der Konservativen ab und schaut aufs Kleine, ins Lokale, auf konkrete Kämpfe, dann ist das Bild oft ein anderes – und steht im starken Widerspruch zur vermeintlich allgegenwärtigen Stimmung. Trotz aller Widerstände wird so jeden Tag Hunderttausenden geholfen anzukommen, zu bleiben, ein neues Leben aufzubauen: Den einen in der Wüste oder im Mittelmeer, den anderen bei der Begleitung zum Amt oder bei der Suche nach einem Arzt, der nicht nach Papieren fragt.<

Christian Jakob ist Journalist für die *taz* und schreibt seit vielen Jahren über Flucht und Migration. 2023 erschien sein Buch „Endzeit. Die neue Angst vor dem Weltuntergang und der Kampf um unsere Zukunft“ bei C.H. Links. Er lebt in Berlin.

Im September 2015 waren 33 Prozent der Deutschen der Auffassung, Deutschland solle weniger Flüchtlinge aufnehmen, im Januar 2025 waren es 68 Prozent. Manchen gilt dies als Beleg dafür, das „2015“ gescheitert sei: „Wir“ hätten „es doch nicht geschafft“, es gebe keine Akzeptanz mehr für eine offene Asylpolitik. Doch diese Zahlen sind auch das fluide Produkt der Art, wie über Migration heute gesprochen wird. Dabei gerät aus dem Blick, dass die Chancen für Menschen, die es hierher schaffen, die Chancen, bleiben zu dürfen, heute teils besser sind als in der Vergangenheit. Auch das ist ein Ergebnis antirassistischer Kämpfe seit 2015. Viele der damals gegründeten Initiativen sind bis heute aktiv und praktische Solidarität bleibt ein starkes, widerstandsfähiges Ökosystem, auch wenn professionalisierte Initiativen besonders von Kürzungen betroffen sind und unter den Generalverdacht mangelnder Neutralität gestellt werden.



